



EDU Kanton St. Gallen besichtigt das Bundeshaus

Am 3. Oktober trafen sich 35 Personen auf der Terrasse vor dem Bundeshaus für das Einchecken. Im Gebäude empfing uns EDU-Nationalrat Erich Vontobel.

Eindrückliche Führung

Auf der Führung durch den mittleren Teil des Bundeshauses, der Kuppelhalle, wies uns Erich Vontobel auf viele Besonderheiten in der Architektur hin. Diese unterstreichen die Aufteilung der Macht in unserem Land. In unserer Demokratie steht das Volk an oberster Stelle. Es liegt an uns, dies zu nutzen. Die Stände (Kantone) sind in der Kleinen Kammer mit je zwei Ständeräten vertreten, während für den Nationalrat jeder Kanton entsprechend dem Bevölkerungsanteil seine Vertreter wählen kann. Diese bilden die Große Kammer. Bei jedem Gesetz müssen Stände- und Nationalrat getrennt diskutieren und sich einigen. Die 7 Mitglieder vom Bundesrat haben andere Aufgaben in ihrem jeweiligen Departement und sind mit ihren Mitarbeitern nicht nur im Ost- und Westflügel des Bundeshauses, sondern in vielen anderen Gebäuden in Bern angesiedelt. Es war eindrucklich, für einmal auf einem Sessel sitzen zu dürfen, wo sonst unsere Volksvertreter im National- oder Ständeratssaal debattieren und abstimmen. Unser EDU-Nationalrat wies auf Länder hin, in denen sich die Macht auf eine Person konzentriert und die Bevölkerung leidet, weil sich niemand für ihre Bedürfnisse und Interessen einsetzt.

Treffen mit dem Botschafter Israels

Erich Vontobel hatte extra für unsere grosse Gruppe ein Treffen mit dem neuen Botschafter von Israel organisiert. Tibor Shalev Schlosser sprach zuerst vom Attentat, das

tags zuvor in Manchester stattgefunden hatte. Es war am höchsten jüdischen Feiertag, dem Jom Kippur, dem Versöhnungstag. Die Juden würden 24 Stunden fasten und gingen in die Synagoge. Da habe dieser Mann zwei Juden ermordet. Die Linken und islamischen Extremisten, die auf der Strasse demonstrierten und gegen Israel schreien, das beängstigte. Tibor S. Schlosser sagte weiter, dass die Hamas 18 Jahre lang die Chance gehabt hätten, in Gaza zu regieren und das Land aufzubauen. Israel hatte sich dort komplett zurückgezogen. Leider seien im Untergrund Tunnels gebaut, öffentliche Gebäude wie Spitäler und Schulen zu Festungen ausgebaut und Waffen gehortet worden. Die Bevölkerung sei völlig verarmt, obwohl enorm viel Geld der Hamas-Regierung zur Verfügung gestanden habe. Die Menschen, insbesondere die Kinder, seien indoktriniert worden mit Hass gegen Israel. So hätten sie die Hamas bejubelt wegen den scheusslichen Taten vom 7. Oktober 2023. Der Botschafter Israels bezeichnete sich als „Kind eines Kibbuz“ und erklärte den Zweck und die demokratischen Strukturen, aber auch die Gefahren, denen man je nach Lage des Kibbuz ausgesetzt sei. Es durften dem Botschafter Israels Fragen gestellt werden, was rege genutzt wurde. Shalom!

Beim anschliessenden Mittagessen im Restaurant Galerie des Alpes im Bundeshaus konnten die Eindrücke ausgetauscht und gestärkt der Heimweg angetreten werden.

Rösli Fässler, Teilnehmerin



Bericht zur Herbstsession des St. Galler Kantonsrats



EDU Kantonsrat Heinz Herzog

Die Kantonsräte trafen sich vom 15. – 17. September zur Herbstsession in der Pfalz.

Einige, wichtige Geschäfte:

- Wil- West wurde in zweiter Lesung behandelt. Dem Verkauf von gut 12 Hektaren Land an den Kanton Thurgau wurde im Rat zugestimmt. Nachdem das Volk die vorausgehende Vorlage mit demselben Zweck vor knapp drei Jahren an der Urne abgelehnt hatte, wurde von der SVP- Fraktion das Ratsreferendum ergriffen, damit das Volk auch diesmal das letzte Wort dazu sagen kann. 38 Kantonsräte der SVP, einer aus der EDU und drei Grüne stimmten dem Ratsreferendum zu. Die Volksabstimmung findet am 8. März 2026 statt.
- Der VIII. Nachtrag zum Sozialhilfegesetz, wonach die Gemeinden vorläufig aufgenommenen Flüchtlingen Wohnraum zuweisen können, wurde angenommen. SP und Grüne drohten, diesen Entscheid auf seine Rechtmässigkeit juristisch prüfen zu lassen.
- Nach einer intensiven und kontrovers geführten Diskussion stimmte der Rat einer Verschiebung des Französischunterrichts von der Primarschule auf die Oberstufe zu. Dabei geht es insbesondere um die Entlastung der Schülerinnen und Schüler. Die EDK (Erziehungsdirektorenkonferenz) und der Bund haben dazu unterdessen wie erwartet Stellung bezogen. Ob sie den Beschluss übersteuern werden, ist noch offen.
- Postulate zu den Ursachen des Lehrermangels und zu

den Deutsch- und Mathematikkompetenzen am Schluss der Volksschulzeit wurden diskutiert. Bei beiden Postulaten habe ich die Auswirkungen der Schulreformen fundiert dargelegt.

- Die Erkenntnisse sollen bei der Totalrevision des Volksschulgesetzes berücksichtigt werden.
- Das Gesetz über familien- und schulergänzende Kinderbetreuung wurde in erster Lesung behandelt. Die aktuelle Version, wonach die Kantons- und Gemeindebeiträge um 10 Mio. aufgestockt werden sollten und nur Eltern zugutekommen, die ihre Kinder in eine Kita geben, während Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen, nicht unterstützt werden, ist für mich und weite Teile der SVP-Fraktion unbefriedigend. Das kommt wohl in der zweiten Lesung nochmals zur Sprache.
- Zahlreiche Standesbegehren, Motionen und Interpellationen wurden behandelt, von der Regierung beantwortet und zum Teil erledigt. Alle Geschäfte können auf der Kantonsseite: www.ratsinfo.sg.ch nachgelesen und nachgehört werden.

Die Wintersession findet vom 1. – 4. Dezember 2025 statt. Da wird das Sparpaket des Kantons von 180 Mio. Franken wohl einen ansehnlichen Teil der Zeit in Anspruch nehmen. Zudem wird das Geschäft 22.25.02 «Gesetz über familien- und schulergänzende Kinderbetreuung» in zweiter Lesung behandelt.

Es bleibt spannend und intensiv.
Euer Vertreter im Kantonsrat
Heinz

Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2025:

Eidgenössische Vorlagen

Der Vorstand der EDU Kanton St. Gallen unterstützt die Abstimmungsempfehlungen der EDU Schweiz. Argumente finden Sie im schweizerischen Teil des Standpunkts sowie auf der Homepage der EDU Schweiz.

Vorlage 1

Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz (Service-citoyen-Initiative)»: **Nein**

Vorlage 2

Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)»: **Nein**



Kantonale Vorlagen

Vorlage 1 Kantonsratsbeschluss über die Sonderkredite für den Reinraum am Campus **Buchs: **Ja**, KR: Ja 106 / Nein 0 / Enth. 0 / nicht abgestimmt 14**

Die Ostschweiz, als eine der leistungsstärksten Wirtschaftsregionen Europas, verdankt ihren Erfolg massgeblich den zahlreichen Unternehmen der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM-Industrie). Ihr Beitrag ist ebenfalls entscheidend für den hohen Exportanteil des Kantons St.Gallen.

Um in diesem dynamischen Umfeld wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen Hersteller von Präzisionskomponenten sich zu High-End-Produzenten entwickeln, was hohe Anforderungen an die verfügbare Infrastruktur und Kompetenzen stellt. Besonders wichtig ist der Zugang zu Expertise, modernster Ausstattung sowie hochwertigen Reinräumen, wo Luftpartikel, Temperatur, Feuchtigkeit und Druck kontrolliert werden, um Kontaminationen während der Herstellung und Forschung zu minimieren.

Die Bestrebungen des Vorhabens unterstreichen die Zielsetzungen der Schwerpunktplanung der Regierung 2021–2031 (28.21.01) und des Berichts 40.21.02 «Stärkung der Ressourcenkraft des Kantons St.Gallen».

Zur Finanzierung des «Sensor Innovation Hub» werden mit der vorliegenden Vorlage zwei Sonderkredite im Gesamtbetrag von 22,02 Mio. Franken beantragt. Diese setzen sich aus Investitionen von 13,04 Mio. Franken und aus jährlichen Betriebsbeiträgen während 10 Jahren von insgesamt 8,98 Mio. Franken zusammen. Die Ausgaben sind aus finanzrechtlicher Sicht neue Ausgaben, die dem obligatorischen Finanzreferendum unterstehen.

Die Regierung des Fürstentums Liechtenstein hat am 27. August 2024 beschlossen, dem liechtensteinischen Landtag im Juni 2025 einen Antrag auf eine finanzielle Beteiligung in Höhe von 2,5 Mio. Franken am «Sensor Innovation Hub» vorzulegen. Bei Gewährung eines Beitrags des Fürstentums Liechtenstein werden die zwei Sonderkredite des Kantons um den gewährten Betrag anteilmässig reduziert.

Der EDU Vorstand empfiehlt ein **Ja als wichtigen Beitrag zum Erhalt und der Stärkung dieser Region.**

Vorlage 2 Kantonsratsbeschluss über die Mietkosten für die Kantonspolizei St.Gallen im Interventionszentrum St.Margrethen.: **Ja** **KR: Ja 99 / Nein 5 / Enth.2 / nicht abgestimmt 14**

Aus Sicht des Kantons St.Gallen ergeben sich für die Zusammenarbeit erhebliche Vereinfachungen und Verbesserungen, indem sowohl das BAZG (Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit) als auch die Kantonspolizei ihre bestehenden und künftigen Aufgabenbereiche besser und rascher bewältigen, weil die Wege kürzer, der Informationsaustausch besser und die technischen Einrichtungen gemeinsam nutzbar sind.

Aus den Vorabklärungen resultierte, dass:

- die Kantonspolizei Arbeitsplätze für rund 45 bis 50 Mitarbeitende (einschliesslich Reserve Arbeitsplätze) beansprucht;
- die heutige Polizeistation St.Margrethen, der Regionale Ermittlungs-, Fahndungs- und Jugenddienst, die Abteilung Migrationsdelikte sowie spezialisierte Mitarbeitende der Verkehrspolizei, namentlich im Bereich des Schwerverkehrs, ins Interventionszentrum verlegt werden sollen, weil in diesen Bereichen die

grösstmöglichen Synergien mit dem BAZG geschaffen werden können (und gleichzeitig die Polizeistation St.Margrethen ersetzt werden kann, die heutigen Ansprüchen nicht mehr genügt);

- der Flächenanteil des Kantons St.Gallen am Gesamtprojekt damit 38,86 Prozent ausmacht.

Für die Anmietung der Räumlichkeiten und Infrastruktur für die Kantonspolizei St.Gallen im Interventionszentrum St.Margrethen erwachsen dem Kanton St.Gallen mutmasslich ab dem Jahr 2030 jährliche Mietkosten von Fr. 2'158'000.–.

Auch diese Vorlage erscheint uns notwendig zur Erfüllung der wachsenden Aufgaben der Polizei.



Mitgliederversammlung der EDU Toggenburg

Am **Samstagmorgen, dem 15. November, um 9.30 Uhr** findet die jährliche Mitgliederversammlung im **Toggenburgerhof**, Florastrasse 2, 9533 Kirchberg statt. Auch Nichtmitglieder sind herzlich willkommen! Um 10.45 Uhr wird uns **Christian Vogel**, SVP Kantonsrat, über die **Problematik und den Stand der Thursanierung in Wattwil-Ulisbach** informieren und noch weitere Themen, die das Toggenburg betreffen, kurz ansprechen. Mit anschliessender Diskussion. Um 12.15 Uhr besteht die Möglichkeit, auf eigene Kosten ein Mittagessen einzunehmen.

Der 29-jährige **Christian Vogel** ist seit 2023 Kantonsrat für die SVP Toggenburg. Er setzte sich für eine vernünftige Sanierung in Wattwil ein. Der Kanton St.Gallen will die Thurb, durch und unterhalb von Wattwil für 112 Millionen Franken sanieren und massiv verbreitern.

Diese geplante Thursanierung zerstört 6.5 Hektaren wertvollstes Landwirtschaftsland. Weiter werden 230 einzigartige Alleegebäume gefällt und die Anwohner müssen massive Eingriffe ins Grundeigentum erleiden. Zusammen mit anderen Kantonsräten und Einheimischen hat Vogel den Verein IG Vernünftige Sanierung Wattwil mit heute über 140 Mitgliedern gegründet. Dieser will eine Thursanierung, die sich auf den Hochwasserschutz konzentriert, damit unsere Lebensgrundlagen im Toggenburg erhalten bleiben.

Das Geschäft kommt 2027 in den 120-köpfigen St.Galler Kantonsrat.

www.ig-thursanierung.ch

Mitgliederversammlung der Kreispartei EDU Wil

Vortrag zum Thema Windenergie Chancen & Risiken

Referent: **Walter Aerni**,
pensionierter EW-Mitarbeiter in leitender Funktion

Donnerstag, 13. November 2025, 20:00
(davor: Mitgliederversammlung, 19:00)

Hof zu Wil, Marktgasse 88, 9500 Wil

Veranstalter:
EDU-Kreispartei Wil



Die Mitgliederversammlung findet am **Abend des 13. Novembers, um 19 Uhr im Hof zu Wil** statt mit einem anschliessenden Vortrag zum Thema **Windenergie**.

Das EDU-Mitglied **Walter Aerni** wird kompetent über diverse Hintergründe und Zusammenhänge berichten.



Impressum

EDU Kanton St. Gallen

Lisa Leisi,
Michelastrasse 29, 9615 Dietfurt
071 983 39 49
sg@edu-schweiz.ch
www.edu-sg.ch

Bankverbindung:
Raiffeisenbank Grabs-Werdenberg
Konto: 2950592 / 81251
EDU Kanton St. Gallen
PC: 90-862-2

REDAKTION & GESTALTUNG

Lisa Leisi (Präsidentin EDU Kanton St. Gallen) und Rösli Fässler (Vorstandsmitglied). Layout: Harold Salzmann

FOTOS

zvg

Mahnwache

Am **10. Dezember von 18 bis 18.30 Uhr** ist wiederum in vielen Städten der Schweiz die Möglichkeit an einer Mahnwache teilzunehmen. Im Stillen Gebet können wir unsere Solidarität mit den verfolgten Christen weltweit bekunden. Unter www.CSI-Mahnwache.ch werden laufend die Orte ergänzt. In unserer Region sind bis jetzt Buchs, St. Gallen und Wil aufgelistet.